

Geber-Empfänger-Beziehungen: Partnerschaften und Hierarchien

„Entwicklungszusammenarbeit“, unser Studiengegenstand, wird von der Heterogenität, Komplexität und vom Umfang seines Gestaltungsbereiches geprägt. Die EZA verbindet Institutionen, Organisationen, Personen und Personengruppen auf unterschiedlichen Ebenen zu Netzwerken. „Geber von Entwicklungshilfe“ sind internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbankgruppe und der Internationale Währungsfonds, UN-Sonderprogramme und -organisationen, staatliche Geberagenturen, aber auch unterschiedlich geprägte nichtstaatliche Organisationen und Solidaritätsgruppen. Zu den „Empfängern“ gehören nichtstaatliche Organisationen der Peripherie sowie Staaten, die unterschiedliche Abhängigkeitsgrade von Entwicklungshilfe aufweisen, was sich u.a. an der Relation der erhaltenen ODA/OA (*Official Development Assistance/Official Aid*) zum Bruttonationaleinkommen (BNE) darstellen lässt. So betrug 2002 dem DAC zufolge dieser Prozentsatz bei Mosambik 59 Prozent, bei Bolivien hingegen neun Prozent (DFID 2005).

Die Herausbildung spezifischer Partnerschaften – sowohl innerhalb der Gebergemeinschaft als auch im Rahmen von Geber-Empfänger-Beziehungen –, die Ausdruck der Motive, Interessen und Ziele der Beteiligten sind, kennzeichnet das Netzwerk. Beispiele dafür sind die Partnerschaften von Mitgliedsstaaten des *Development Assistance Committee* (DAC) oder von Staaten der Europäischen Union, Partnerschaften von kirchlichen und den Kirchen nahestehenden Organisationen oder die Kooperation der ehemaligen Kolonialmächte mit ihren früheren Kolonien.

„EZA“ und ihre Entstehungsgeschichte wird aus mehreren Perspektiven begriffen; dementsprechend gestaltet sich auch die Deutung ihrer Motive und Ziele. Unterschiedliche politisch-ide-

ologische Beweggründe, ethisch-solidarische Prinzipien, Interessen und Ziele sind – in Theorie und Praxis – verantwortlich für die Heterogenität des Netzwerkes und kollektive wie individuelle Handlungshintergründe. Trotz aller Vielfalt haben die unterschiedlichen Netzwerke eines gemeinsam: sie liefern die Voraussetzung für die Präsenz der „Geber“ in den „Empfängerländern“ und deren Interventionen. Seit dem Beginn der Entwicklungshilfe-Ära in der Nachkriegszeit sind Akteure der öffentlichen und privaten Entwicklungszusammenarbeit in steigendem Maße in den Gesellschaften „des Südens“ präsent und nehmen Einfluss auf deren Entwicklung. Durch wirtschaftspolitische Positionen und Maßnahmen, Programme und Projekte wirken EntwicklungsexpertInnen der Geberländer wesentlich bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Veränderungen der Empfängerländer mit. Je größer die Abhängigkeit der jeweiligen Empfänger von Entwicklungshilfe, desto bedeutender ist der Einfluss der Gebergemeinschaft und desto folgenreicher sind die Auswirkungen der ungleichen Machtverhältnisse.

Arbeitsbeziehungen und Kompetenzverteilung innerhalb der EZA sind extrem asymmetrisch. Bei der Planung und Durchführung von Programmen und Projekten nehmen EntwicklungsexpertInnen der Geberländer eine leitende Rolle ein. Ihre Denkkonzepte und Arbeitsmodelle prägen die Gestaltung der Beziehungen. Dabei (re)produzieren die Beteiligten Dominanzbeziehungen, die auf hierarchisch konstruierte Abhängigkeitsverhältnisse und historisch herausgebildete Rechtfertigungsmuster zurückzuführen (wie christliche Missionierung und die koloniale „zivilisatorische Mission“).

Im gegenwärtigen entwicklungspolitischen Diskurs findet die Frage der asymmetrischen Gestaltung der Beziehungen auch in der Formulierung von Leitkonzepten wie *Participation*, *Empowerment*, *Ownership* oder *Alignment* Ausdruck. Die Auseinandersetzung mit kolonialen und postkolonialen Diskursen zeigt andererseits, dass die Entstehungs- und Bedeutungsgeschichte mancher Begriffe – wie z.B. *Partnership* – mit der Aufrechterhaltung bzw. Rechtfertigung

spezifischer Einstellungen und Handlungsweisen in Zusammenhang stehen. Der britische Historiker Henry Wilson (1994: 55) meint dazu: „Die Briten behaupteten – und die Franzosen hatten dagegen keinen Einwand – dass es wirtschaftliche und soziale, genau wie politische Entwicklung bräuchte, damit Selbstbestimmung einen Sinn bekäme.“ Aus kolonialer Sicht sollte diese Entwicklung unter Kontrolle „erfahrener Kolonialbeamter“ stattfinden und Wilson verweist in diesem Zusammenhang auf den Kolonialbeamten Lord Hailey, der aufgrund einer von ihm 1938 herausgegebenen Enzyklopädie über Afrika zum „wissenschaftlichen Experten“ in Kolonialfragen aufgestiegen war: „Großbritannien sollte seinen ausländischen Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen, indem es ‚Treuhandschaft‘ durch den Begriff ‚Partnerschaft‘ ersetzt. Seine (Haileys) Vorstellung von ‚Partnerschaft‘ beinhaltet eine stärkere Einbindung der kolonisierten Völker in den Prozess ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, gekoppelt an einen politischen Fortschritt, der es ihnen möglich machen sollte, eine neue, aktivere Rolle zu spielen.“

Die Entstehung der Gebergemeinschaft

Die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten im Rahmen der Neugestaltung der Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg zeigte sich sowohl bei der Gründung und Gestaltung internationaler Organisationen wie UNO, IWF und Weltbankgruppe als auch an der Rolle und Bedeutung, die *Development Assistance* in den folgenden Jahren und Dekaden gewann. Die *Organisation for European Economic Co-operation* (OEEC), die Vorläuferin der *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD), wurde 1948 zum Zweck der Kooperation mit der amerikanischen Regierung bei der Planung und Durchführung des Marshall-Plans gegründet. 1950 genehmigte der amerikanische Kongress den *Act for International Development*, der Präsident Trumans Vorschlag (*Point Four*

Programme, Trumans Doktrin) beinhaltetete, „von Kommunismus bedrohte Entwicklungsländer“ im *US-Foreign Aid Programm* zu berücksichtigen. Von Anfang an waren politische Konditionalität und die Zugehörigkeit zum „Westen“ bzw. die Sicherung dieser Zugehörigkeit entscheidende Kriterien für die Gestaltung der Hilfsbeziehungen.

Als *Deputy Special Assistant for National Security Affairs* schrieb W. W. Rostow 1961 in einem Memorandum an J.F. Kennedy: „It appears urgent both with respect to the workings of the government and to the world outside that we clarify the approach we shall take in foreign aid with respect to neutrals and neutralism. [...] The policy issue is this: To what extent shall we permit our aid policy to be governed by long-term considerations governing the American interest in the underdeveloped areas; and to what extent should we try to use aid policy to achieve short-range verbal or voting shifts in alignment on world issues? To put the matter sharply, should we let our aid policy be governed by our interest in the continued independence of these nations; in their absorbing their energies on domestic problems and in building a long-term dependence of these nations on the West; or should we permit our aid policy to be sensitively governed by the positions taken on particular international issues by neutrals? In my view our general rule should be that we use our aid program to achieve the three major strategic objectives to which aid might contribute: viable independence; an increased concentration on domestic affairs; and a long-term dependence on the West“ (U.S. Department of State FRUS, 1961-63, Vol. IX: Foreign Economic Policy - Section 7 of 18).

Degnol-Martinussen und Engberg-Pedersen (2003: 76f.) betonen den Zusammenhang der Schwerpunktsetzung der US-amerikanischen *Foreign Aid* mit den jeweiligen *National Security Periods*: am Beispiel der Relevanz Ostasiens zur Zeit des Vietnamkrieges: 1973 bekam Ostasien 71 Prozent der gesamten *Official Aid*, 1979 waren es nur sechs Prozent und 1990 lediglich vier Prozent.

Für die früheren europäischen Kolonialmächte war die Sicherung bzw. Aufrechterhaltung ihrer Einfluss- und Interessenssphäre auch in postkolonialer Zeit von Bedeutung. Die Beziehungen zwischen den Metropolen und ihren ehemaligen Kolonien fanden u.a. in der bilateralen Geber-Empfänger-Kooperation ihre Fortsetzung. Zugleich war die Frage des „*Aid Burden-Sharing*“ unter den Geberstaaten für die Herausbildung der Gebergemeinschaft von entscheidender Bedeutung: Im Gründungsabkommen der OECD (14.12.1960) erkennen die Mitgliedstaaten „the increasing interdependence of their economies“ und die notwendige Zusammenarbeit bezüglich *Development Assistance* an: „believing that the economically more advanced nations should co-operate in assisting to the best of their ability the countries in process of economic development“ (Convention on the Organisation for Economic Co-operation and Development, www.oecd.org).

Auf Anstoß der Vereinigten Staaten beschloss die *Development Assistance Group* (DAG/OEEC) noch vor der Neuerrichtung des *Development Assistance Committee* der OECD (1961) die *Resolution on the Common Aid Effort* (Führer 1994: 9). Heute ist der DAC eine führende Institution in der EZA und spielt als politisches Gremium eine entscheidende Rolle. Als einzelne Staaten verfolgen die DAC-Mitglieder (2005 gehörten 22 von 30 OECD-Ländern und dazu die Europäische Kommission zum DAC) ihre jeweils eigene Entwicklungspolitik. Als Gruppe von Gebern erarbeiten und legen sie gemeinsam Richtlinien fest, die entwicklungspolitische Leitprinzipien, ihre Umsetzung in der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit sowie die Herausbildung von Strukturen regeln. Die DAC-Richtlinien erweisen sich auch als eine Art „dritte Instanz“, mit deren Hilfe die einzelnen Mitgliedstaaten sowie die einzelnen Akteure der Gebergemeinschaft die Möglichkeit haben, die Verantwortung für entwicklungspolitisches Handeln abzuschieben; die Richtlinien werden als Ausweginstrument im Rechtfertigungsdiskurs angewandt. Konkret wird diese Strategie in Aussagen wie: „ich

bin nicht dafür zuständig, sondern folge den (DAC)Richtlinien“, sichtbar.

Über den Kreis der OECD-Staaten hinaus sind weitere Geberstaaten bzw. spezifische Geber-Empfänger-Partnerschaften von Bedeutung. Bis Ende der 1980er Jahre stellten die ehemaligen kommunistischen Staaten – mit der Sowjetunion als wichtigster Geberin – eine bedeutende Gebergruppe dar. Hauptempfänger waren u.a. Kuba, Nordkorea und die Mongolei. Ihre selektive Erfassung durch DAC-Statistiken ist ein Beispiel für die politische Instrumentalisierung von statistischen Daten (Raffer/Singer 1996: 64ff.).

In den 1960er bzw. 1970er Jahren gründeten arabische Staaten bilaterale und multilaterale Organisationen wie den *Kuwait Fund for Arab Economic Development* (1961), *The Saudi Fund for Development* (1975) und den *Arab Fund for Economic and Social Development* (1974). Hauptgeber war 2003 Saudi Arabien, gefolgt von den Vereinigten Arabischen Emiraten und Kuwait (ODA from Non-DAC Donors 2003. www.oecd.org, 13.09.2005).

Derzeit ist eine Annäherung zwischen DAC- und Nicht-DAC-Gebern – besonders den arabischen Staaten beobachtbar (DAC-News, Juni-August 2005. www.oecd.org, 01.09.2005).

Durchführung und Verwaltung

Für die Umsetzung ihrer Entwicklungspolitik durch Gestaltung und Verwaltung von Entwicklungsprogrammen verfügen die Geberländer über Organisations- und Verwaltungsstrukturen: die jeweiligen staatlichen *Donor Agencies* wie die dänische DANIDA, die norwegische NORAD, die japanische JICA oder die US-amerikanische USAID weisen eine jeweils eigene Struktur auf. Über die unterschiedlichen Arbeitsmethoden und -strukturen hinaus reflektieren und reproduzieren sie Interessen und Möglichkeiten ihrer Regierungen (z.B. durch die Zahl der MitarbeiterInnen, geographische Schwerpunktsetzung, Umfang und Diversität der In-

terventionsbereiche) sowie ihre jeweiligen kulturellen (politischen) Wertvorstellungen und Denkweisen.

Für die Durchführung von Entwicklungsprojekten sowie für die Gestaltung von Entwicklungsprogrammen spielen neben den staatlichen Geberagenturen NGOs, Firmen und Einzelpersonen als KonsulentInnen eine bedeutende Rolle. Die Tätigkeit der Akteure und die Ergebnisse der EZA sind Gegenstand zahlreicher kritische Studien (vgl. u.a. Hancock 1989; Crewe/Harrison 1998; Lancaster 1999). Selbstkritische Aufsätze gehören ebenfalls dazu (vgl. u.a. Dichter 2003). Vor allem die NGOs sind Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Studien: ihre Rolle sowohl in der Entwicklungszusammenarbeit als auch im umfassenderen Bereich der Entwicklungspolitik steht im Vordergrund zahlreicher Debatten (z.B. Tvedt 1998; Edwards/Hulme 1996; Fisher 1998; Barrow/Jennings 2001). Schon 1946 meinte die Truman-Administration, es sei wünschenswert, staatliche und nichtstaatliche Hilfsprogramme zu verbinden. Ab 1962, als die amerikanische Regierung ihre Alliierten bat nichtstaatliche Organisationen zu unterstützen und damit die öffentliche Entwicklungshilfe zu steigern, gingen westliche Regierungen immer deutlicher zu einer Politik der öffentlichen Unterstützung von *Development-NGOs* über. Beginn und Dimensionen dieser Unterstützung sind unterschiedlich; spätestens seit den 1980er Jahren jedoch verfügte die Mehrheit der Geberländer über eigene nationale NGO-Netzwerke, die im Entwicklungsbereich tätig waren und sind (Tvedt 1998: 49).

In den Empfängerländern sind Geber durch staatliche und nichtstaatliche, sowohl bilaterale wie multilaterale Organisationen vertreten. Die Dimension der Verwaltungs- und Durchführungsinstrumente – vor allem der staatlichen – in den (westlichen) Geberstaaten ist beachtlich und ihre finanzielle Ausstattung großzügig. Die ungleichen Machtverhältnisse in den Entwicklungsnetzwerken werden dadurch noch deutlicher sichtbar. Der Umstand, dass seit 1979 Verwaltungskosten als ODA-Leistung deklariert werden kön-

nen (Degnol-Martinussen/Engberg-Pedersen 2003: 57), mag hier eine Rolle spielen: „aid business is booming“.

Die Bereiche, in denen EntwicklungsexpertInnen der Geberländer wirken, haben sich ständig erweitert. Neben den traditionellen „ländlichen Bereichen“ umfasst das Szenario Verhandlungsräume auf Verwaltungs- und Regierungsebene. Entsprechend verändern sich auch die Aufgaben der „EntwicklungshelferInnen“, die inzwischen als BeraterInnen bzw. KonsulentInnen auftreten. Die Befugnisse der Personen, die die jeweiligen Geberorganisationen vertreten, sind weit gefasst; ihre „Geberrolle“ sichert ihnen beträchtlichen Einfluss und verschafft ihnen eine Position aus der sie mit politischen und administrativen SpitzenfunktionärInnen von gleich zu gleich verhandeln. Trotz der Teilnahme der Empfänger an *Policy Dialogs* sowie bei der Identifizierung von Interventionsbereichen wird die Finanzierung und Durchführung von Vorhaben durch die Richtlinien und Konditionalitäten der jeweiligen Geberländer bzw. Gebergruppen geprägt. Auf der Empfängerseite müssen sich die Regierungen gleichzeitig mit mehreren – häufig wechselnden – Geberrichtlinien und Geberstrategien auseinandersetzen.

Kulturverständnisse und Diskriminierung

Die Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit laufen in kommunikativen Situationen ab und schaffen Kommunikationssituationen, in denen Personen aus unterschiedlichen Kulturen mit verschiedenen sozialen Konventionen zueinander in Beziehung treten. Die Einstellungen und das Verhalten der Beteiligten gegenüber „Kultur“ und Kulturkontakt spiegeln Denkkonzepte wider, in denen Kulturen – als „westliche“ und „nicht-westliche“ wahrgenommen – in hierarchischen Beziehungen zueinander stehen. Die Idee des „Westens“ als überlegener Kultur- und Zivilisationsträger wirkt dabei entscheidend. Im traditionellen Kulturverständnis wird Kultur als etwas wahrgenommen, das einzelne Gruppen isoliert ent-

wickeln. Die fiktive Darstellung der Welt als ein Mosaik, in dem Kulturen vorgegebene und in sich geschlossene Einheiten bilden, ist prägend. Sie ermöglicht die Erzeugung von Differenzen sowie die Dichotomisierung von Werten. Daraus können gegensätzliche Vorstellungen über „entwickelte“ und „unterentwickelte“ Kulturen oder „komplexe“ und „primitive“ Gesellschaftsstrukturen entstehen. Auf diese Weise werden Angehörigen einer bestimmten Gruppe Eigenschaften zugeschrieben, die die einen diskriminieren und die anderen aufwerten, letzteres meist im Sinne einer „Selbstaufwertung“. „Kultur“ wird so zu einem wichtigen Element von Strategien der Ausübung von Macht. „Rassismus“ – schreibt Wulf Hund (1999: 7) – „ist eine flexible Ideologie. Er erlaubt vielseitiges Handeln. Dabei oszilliert er zwischen den Extremen angeblich wissenschaftlicher Empirie und offen diskriminierender Ausgrenzung. Er behauptet einerseits, unvoreingenommen reale Unterschiede zwischen den Menschen zu erfassen und zu ordnen. Andererseits offeriert er eine trübe Mixtur aus Aggression und Vorurteilen.“

Für den Bereich EZA möchte ich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass sich Schlüsselbegriffe wie „Leistungsfähigkeit“, „Nachholbedarf“ sowie „Intelligenz“ und „Wissen“ besonders häufig in einem problematischen Verwendungskontext finden und sehr kritisch zu hinterfragen sind. Bei der Verteilung von Kompetenzen und Aufgaben werden die Qualifikationen „lokal“ und „nicht-lokal“ ExpertInnen an unterschiedlichen Maßstäben gemessen. Lokale MitarbeiterInnen, die über die entsprechende Ausbildung bzw. Erfahrung in den jeweiligen Interventionsbereichen verfügen und dennoch in untergeordneten Funktionen arbeiten sind kein seltenes Phänomen in der Praxis der EZA. Andererseits stehen oft Bezeichnungen wie „ExpertInnen“ oder „ReferentInnen“ für EntwicklungsarbeiterInnen „aus dem Norden“ nicht im Verhältnis zu den Qualifikationen, die sie tatsächlich besitzen.

Die Entwicklungsexpertin aus Zimbabwe Everjoice Win (2004: 124) weist in dem Text *If It Doesn't Fit on the Blue Square It's Out!*

An *Open Letter to My Donor Friend* auf die Problematik hin: „Wir begegneten einander zum ersten Mal, als Du als junge Universitätsabsolventin in mein Land kamst. Man nannte Dich ‚volunteer‘, die zu uns gekommen war um etwas über ‚Afrika‘ zu lernen. Und auch um ‚uns zu helfen‘ wo es möglich war. [...] In Deiner nächsten Inkarnation wurdest Du zum Geber. Wir begegneten einander erneut, als ich für ein Arbeitstreffen nach den USA kam. Fast wäre ich vom Sessel gefallen, als Du dich folgendermaßen vorstelltest: ‚Ich heiße Christine und bin Genderexpertin mit Spezialisierung auf das Südliche Afrika.‘ [...] Ich frage mich, wie Sie in solch kurzer Zeit eine ‚Expertin‘ werden konnten? Und was die Spezialisierung auf das Südliche Afrika betrifft, meine Beste, so nützten Sie während Ihres Aufenthalts in Zimbabwe die Weihnachtszeit für eine Spritztour nach Mosambik, Botswana und Zambia, das ganze in drei Wochen. Wird man so Expertin für das Südliche Afrika? Ich lebe seit gut 34 Jahren in diesem Land und es kam mir niemals in den Sinn, mich ‚Expertin für Zimbabwe‘ zu nennen. [...] Sie sind jetzt in Ihrer Organisation Regionalverantwortliche für das Südliche Afrika. [...] Sie sind ein Geber. Sie wissen nahezu alles. Sie stellen keine Fragen mehr. Sie haben die Antwort.“

Bei der Konzeption und Gestaltung der Entwicklungszusammenarbeit wirken diskriminierende Vorstellungen und Wahrnehmungen bestimmend und beeinflussen das Verhalten der Einzelnen gegenüber ihren jeweiligen ‚PartnerInnen‘. Die Aussage ‚die Struktur der Europäischen Union ist zu komplex, sie können nicht allein damit umgehen‘ spiegelt diese Vorstellungen und Wahrnehmungen wider, reproduziert sie aber auch.

Schlussbemerkung

Die Beziehungen zwischen „dem reichen Norden“ und „dem armen Süden“ werden durch sehr unterschiedliche Konzepte und Motive bestimmt: handelswirtschaftliche Interessen, politische

Konditionalität, neokoloniale Abhängigkeiten, Solidarität, Engagement und „Hilfe“. EZA hat wohl eine Dimension, die sie mit Hilfe und Solidarität verbindet; ich meine jedoch, dass dies nicht der entscheidende Faktor ist, der die unterschiedlichen Netzwerke konstituiert und die unterschiedlichen Akteure zusammenbringt.

Jede Auseinandersetzung mit dem Gegenstand EZA setzt in diesem Sinn voraus, dass wir die jeweils gültigen Konzepte und die dazugehörigen Begriffe beschreiben und definieren bzw. herausfinden, wie und wo Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Netzwerken und Handlungsräumen bestehen.

Literatur und Quellen

- Barrow, Ondine/Jennings, Michael (Hg., 2001): *The Charitable Impulse – NGOs & Development in East & North-East Africa*. Oxford: James Currey.
- Crewe, Emma/Harrison, Elisabeth (1998): *Whose Development? An Ethnography of Aid*. London: Zed Books.
- Degnol-Martinussen, John/Engberg-Pedersen, Poul (2003): *Aid. Understanding International Development Cooperation*. London: Zed Books.
- DFID – Department for International Development (2005): *Statistics on International Development 2004*. www.dfid.gov.uk, 13.09.2005.
- Dichter, Thomas W. (2003): *Despite Good Intentions*. Amherst and Boston: University of Massachusetts Press.
- Edwards, Michael/Hulme, David (Hg., 1996): *Beyond the Magic Bullet. NGO Performance and Accountability in the Post-Cold War World*. West Hartford: Kumarian Press.
- Fisher, Julie (1998): *Non Governments. NGOs and the Political Development of the Third World*. West Hartford: Kumarian Press.

- Führer, Helmut (1994): *The Story of the Official Development Assistance – A History of the Development Assistance Committee and the Development Co-Operation Directorate in Dates, Names and Figures*. Paris: OECD.
- Hancock, Graham (1989): *Lords of Poverty. The Power, Prestige, and Corruption of the International Aid Business*. New York: The Atlantic Monthly Press.
- Hund, Wulf D. (1999): *Rassismus. Die soziale Konstruktion nationaler Ungleichheit*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Lancaster, Carol (1999): *Aid to Africa. So Much to Do, So Little Done*. Chicago & London: the University of Chicago Press.
- Neumayer, Eric (2004): *Arab-related Bilateral and Multilateral Sources of Development Finance: Issues, Trends, and the Way Forward*. In: *The World Economy* 27 (2): 281-300.
- Nuscheler, Franz (2004): *Lern-und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. Bonn: Dietz.
- Raffer, Kunibert/Singer, H.W. (1996): *The Foreign Aid Business. Economic Assistance and Development Co-operation*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Tarp, Finn (Hg., 2000): *Foreign Aid and Development. Lessons Learnt and Directions for the Future*. London/New York: Routledge.
- Tvedt, Terje (1998): *Angels of Mercy or Development Diplomats? NGOs and Foreign Aid*. Trenton: Africa World Press, Oxford: James Currey.
- Wilson, Henry S. (1994): *African Decolonization*. London: Edward Arnold.
- Win, Everjioice (2004): 'If It Doesn't Fit on the Blue square It's Out!' *An Open Letter to My Donor Friend*. In: Groves, Leslie/Hinton, Rachel (Hg.): *Inclusive Aid. Changing Power and Relationships in International Development*. London/Sterling, VA: Earthscan.

Zerger, Johannes (1997): *Was ist Rassismus? Eine Einführung*. Göttingen: Lamuv.